

Mein

NEWSLETTER aus Gemünden & Berlin



Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages

SEPTEMBER 2015

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

„Fahrt nicht zu weit weg!“ So entließ uns Fraktionschef Thomas Oppermann in die sommerliche Parlamentspause. Und er hatte natürlich Recht. Wir alle wussten, dass noch im August eine Sondersitzung des Deutschen Bundestages anstehen wird: das dritte Hilfsprogramm für Griechenland.

Die Unterbrechung der Urlaubszeit war aber nicht so schlimm, schließlich hatte mein Terminkalender für mich ohnehin keinen

allzu großen Leerlauf vorgesehen. Trotz Ferienzeit gibt es daher politisch einiges mitzuteilen und auch die Termine vor Ort in Unterfranken füllen ganz gut meinen neuen Newsletter.

Aber bevor Sie das selbst sehen können, hier noch ein Schnappschuss - passend zum bald schon wieder anstehenden Schulstart.

Wer kennt eigentlich noch seine Lehrerin aus der ersten Klasse? Ich habe meine jetzt wieder getroffen und ein Pläuschchen gehalten. Wie die Zeit vergeht - es ist schon 41 Jahre her ...

Allen Schülerinnen und Schüler besonders **allen ABC-Schützen**

und ihren Familien wünsche ich einen schönen Start in das neue Schuljahr!

Solidarische Grüße

Bernd Rützel

INHALT

- 2 ... Klartext: Griechenland
- 6 ... Franziskas Post aus den USA
- 7 ... Andrea Nahles: Flüchtlinge
- 10 ... Mindestlohn
- 11 ... Pflegestärkungsgesetz II
- 13 ... Flüchtlingspolitik vor Ort
- 14 ... Zeitarbeit, Jobcenter, ...
- 17 ... Modellregion Unterfranken
- 19 ... MdL-Gastbeiträge

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel. 09351 6036563
Fax 09351 6058298
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 73434
Fax 030 227 76433
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB
Obertorstraße 13



Aus dem PARLAMENT



KLARTEXT

... und noch ein Hilfspaket für Griechenland? Ja!

Am 19. August hat der Deutsche Bundestag grünes Licht gegeben für ein drittes Hilfsprogramm für Griechenland. Die SPD-Fraktion hat dieses Programm mit großer Mehrheit mitgetragen. Ich auch. **Das ausgehandelte dritte Hilfsprogramm ist nicht nur besser als vorherige Vorschläge, sondern es zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass alle Seiten aufeinander zugegangen sind. Erstmals seit den Verhandlungen über die Hilfspakete für Griechenland ist so etwas wie eine positive politische Dynamik auf allen Seiten entstanden.**

Neue Verzögerungen hätten immer die Gefahr in sich getragen, dass sich die politische und wirtschaftliche Lage in Griechenland weiter destabilisiert, was nicht in deutschem und europäischem Interesse sein konnte. Deshalb ist es gut, dass wir zu dieser schnellen positiven Entscheidung gekommen sind – zumal sich das Ergebnis sehen lassen kann. Die Idee hat sich durchgesetzt, dass Solidarität und Verantwortung in Europa Hand in Hand gehen. Gleichzeitig gibt es aber natürlich auch Risiken, die man offen benennen muss. Zwar steht eine deutliche Mehrheit im griechischen Parlament hinter dem Hilfspaket, doch hat die Regierung dort ihre eigene Mehrheit verloren und es wird zu Neuwahlen kommen.

Die größte Herausforderung bleibt aber die Umsetzung der vereinbarten Reformen. Davon wird abhängen, ob das Programm erfolgreich durchgeführt werden kann. Insgesamt hat dieses Programm jedoch eine gute Chance auf Gelingen, wenn alle Seiten dahinter stehen. Insofern ist es sehr bedenklich, dass in den Reihen der Union die Zahl der „Nein-Sager“ erneut gewachsen ist – eine Niederlage für die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende.

Und eines stört mich auch noch: Durch die letzte Krise bei uns sind wir nur gekommen, weil sich in der damaligen Großen Koalition unsere SPD-Minister Steinbrück, Steinmeier und Scholz mit ihrem Investitionsprogramm durchgesetzt haben. Nur weil wir Geld in die Hand genommen haben, um die mehr als stotternde Wirtschaft und die am Boden liegende Binnennachfrage anzukurbeln, sind wir durch die Krise gekommen. Diese von der SPD durchgesetzte Linie hat damals geholfen – und würde das in Griechenland auch. Griechenland bräuchte – wie wir damals auch – stärkere Wachstumsimpulse. Neues Geld, nur um alte Schulden zurückzahlen zu können, das ist zu wenig. Hier gibt es noch viel zu tun für Europa.

**Alle meine KLARTEXT-Beiträge in meinen Newslettern seit Oktober 2013
finden Sie Online unter www.bernd-ruetzel.de/politik/positionen**

Aus dem PARLAMENT



SO SEHEN DIE HILFEN UND REFORMEN FÜR GRIECHENLAND AUS

Nach konstruktiven Verhandlungen in Athen wurde – nur vier Wochen nach dem Grundsatzbeschluss über ein drittes Hilfsprogramm – ein so genanntes Memorandum of Understanding (MoU) zwischen den europäischen Institutionen und der griechischen Regierung erarbeitet. Am vergangenen Freitag haben die Finanzminister der Euro-Gruppe diesem Verhandlungsergebnis einstimmig zugestimmt. Und auch das griechische Parlament hat mit überwältigender Mehrheit für die finanzielle Unterstützung Griechenlands durch ein Programm des Europäischen Stabilisierungsmechanismus gestimmt. Und nun hat auch der Bundestag zugestimmt.

85 Milliarden

Der Umfang der gewährten Hilfen liegt bei rund 86 Milliarden Euro. Davon werden ca. 54 Milliarden für den Schuldendienst, 7 Milliarden für den Abbau von Zahlungsrückständen, 7,6 Milliarden zum Aufbau von Reserven und bis zu 25 Milliarden Euro für

die Rekapitalisierung von Banken benötigt. Die Finanzhilfe wird in Form eines Darlehens gewährt. Die maximale durchschnittliche Laufzeit der Darlehenstranchen wird rund 32,5 Jahre betragen.

Damit das Programm in Kraft treten kann, mussten einige nationale Parlamente zustimmen, so auch der Deutsche Bundestag. Am 17. August hat das deutsche Parlament den Weg für das Hilfsprogramm nun freigemacht. Durch unsere Zustimmung wird der deutsche Regierungsvertreter ermächtigt, im Gouverneursrat des ESM dem Verhandlungsergebnis zuzustimmen. Danach sollen unmittelbar 13 Milliarden Euro für Schuldentilgung und Zinszahlungen an Griechenland fließen. Weitere 10 Milliarden Euro werden für die Rekapitalisierung griechischer Banken auf ein Sonderkonto überwiesen.

Gute Verhandlungen

Aus Sicht der SPD-Fraktion war es wichtig, das Programm nach den konstruktiven und guten Verhandlungen rechtzeitig vor dem 20. August zu beschließen, um so die ansonsten notwendig gewordene weitere Brückenfi-

nanzierung für Griechenland zu umgehen.

Denn das vorliegende Programm ist nicht nur besser als vorherige Vorschläge, sondern es zeichnet sich auch dadurch aus, dass alle Seiten aufeinander zugegangen sind. Erstmals seit den Verhandlungen über die Hilfspakete für Griechenland ist so etwas wie eine positive politische Dynamik auf allen Seiten entstanden.

Neue Verzögerungen hätten immer die Gefahr in sich getragen, dass sich die politische und wirtschaftliche Lage in Griechenland weiter destabilisiert. Deshalb ist es gut, dass es zu dieser schnellen positiven Entscheidung gekommen ist.

Die Details des Reformprogramms:

Die SPD-Bundestagsfraktion steht mit überwältigender Mehrheit zu dem verhandelten dritten Hilfsprogramm. Das hat vor allem damit zu tun, dass viele Mängel der vorherigen Programme nicht wiederholt werden. Im Zentrum des Memorandum of Understanding stehen nämlich nicht nur pure Haushaltsvorgaben und Sparziele, sondern vor allem

Aus dem PARLAMENT



auch strukturelle Verbesserungen der griechischen Wirtschaft und Verwaltung.

>> Das MoU stellt klar, dass Griechenland seine Staatsfinanzen sanieren muss, setzt aber keine unrealistischen Haushaltsziele.

>> Es führt ein neues Konzept im Umgang mit Staatsbetrieben ein, bei dem Sanierung und professionellen Unternehmensführung im Vordergrund stehen. Es geht nicht bloß darum, durch schnelle Privatisierungen Haushaltslöcher zu stopfen, sondern es soll eine wirtschaftliche Modernisierung stattfinden.

>> Es zielt auf den Aufbau eines effektiveren und effizienteren Sozialstaates.

Zum ersten Mal in der griechischen Geschichte soll eine soziale Grundsicherung für alle eingeführt werden. Gerade die europäischen Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten haben sich dafür eingesetzt.

>> Es sieht eine umfassende Reform der griechischen Verwaltung vor, bei der Professionalisierung, Entpolitisierung und Transparenz im Vordergrund stehen,

damit künftig Korruption effektiver bekämpft werden kann.

>> Nicht zuletzt wird ein zentrales Ziel der SPD-Fraktion in den vergangenen Jahren, der Kampf gegen Steuerhinterziehung in Griechenland und die Suche nach griechischen Steuerhinterziehern in Europa, neues Gewicht bekommen. Griechenland will kurzfristig neue strafrechtliche Bestimmungen gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug einführen. Steuerbetrug und Steuerhinterziehung sollen dabei auf alle Steuerarten ausgeweitet und Strafen verschärft werden.

>> Bei der Rekapitalisierung der Banken kommt es nun doch zu einer Beteiligung der Anteilseigner der griechischen Banken. Es war immer eine politische Forderung der SPD-Fraktion im Zusammenhang mit der europäischen Bankenunion, dass die Anteilseigner von Banken auch an den Kosten für deren Rettung beteiligt werden. Die Rettung von Banken kann nicht primär Aufgabe des Steuerzahlers sein. Deshalb ist diese Ergänzung des MoU für die SPD-Fraktion eine sehr positive Entwicklung. Und ganz wichtig

dabei ist, dass die Einlagen der privaten Sparer davon nicht betroffen sind.

Mit dem Beschluss des dritten Hilfspakets ist die Arbeit an dem Programm natürlich nicht abgeschlossen. Ganz im Gegenteil: Durch regelmäßigeren und genauere Programmüberprüfungen müssen die Euro-Partner sicherstellen, dass die Vereinbarungen auch eingehalten werden.

Für die SPD-Fraktion war immer klar: Hilfe kann es nicht ohne Gegenleistungen geben. Und die Gegenleistung der griechischen Regierung muss die konsequente Umsetzung der jetzt vereinbarten Reformen sein.

Mit den mehr als 50 bereits vom griechischen Parlament beschlossenen Vorabmaßnahmen hat die griechische Regierung ein wichtiges Zeichen gesetzt, um das in den letzten Monaten und Jahren verloren gegangene Vertrauen wieder aufzubauen. Die griechische Regierung muss insbesondere bei der Verwaltungsreform und dem Privatisierungsfonds nun rasch die hohen Erwartungen erfüllen.

Aus dem PARLAMENT

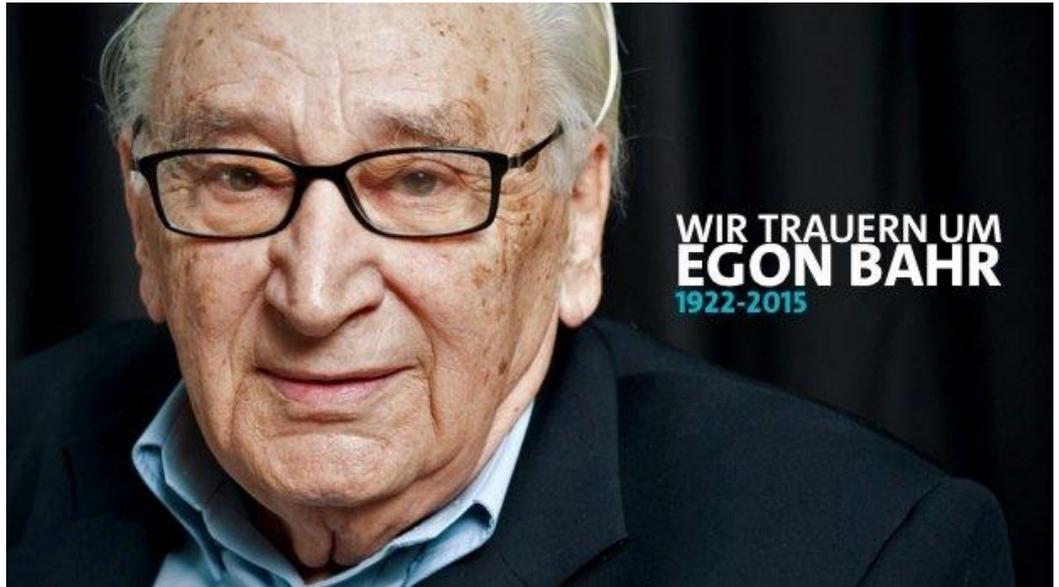


Schuldentragfähigkeit und die Rolle des IWF:

Die Herausforderung für uns besteht in den nächsten Monaten darin, einen glaubhaften Weg zur Sicherstellung der Schuldentragfähigkeit Griechenlands zu finden. Bereits im Juli wurde vereinbart, dass es nach einer erfolgreichen Programmüberprüfung im Herbst zu Gesprächen mit Griechenland über mögliche Schuldenerleichterungen kommt.

Denn ohne solche Schuldenerleichterungen ist nach allen derzeitigen Prognosen eine langfristige Tragfähigkeit der Schulden Griechenlands nicht zu erreichen. Das ist auch die Voraussetzung für die weitere finanzielle Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Da ein klassischer Schuldenschnitt nach den europäischen Regeln ausgeschlossen ist, wird es dabei vor allem um längere Laufzeiten und tilgungsfreie Zeiten gehen.



Wenn Helmut Kohl als Vater der Einheit bezeichnet wird, muss man ehrlicherweise Egon Bahr und Willy Brandt die Großväter der Einheit nennen!

Die Beteiligung des IWF an einem neuen Finanzhilfeprogramm für Griechenland war und ist für die SPD-Bundestagsfraktion ein zentrales Kriterium. Auch an den Verhandlungen über das jetzt beschlossene Hilfsprogramm war der IWF mit seiner fachlichen Expertise umfassend beteiligt. Eine erneute auch finanzielle Beteiligung des Währungsfonds wäre zwar zu begrüßen. Entscheidend ist jedoch, dass der IWF auch künftig mit seiner Erfahrung und Beratung ein Teil der Institutionen bleibt, die Griechenland auf

dem Weg zurück zu Wachstum und Beschäftigung und schließlich auch wieder einer Finanzierung am internationalen Kapitalmarkt begleiten.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion werben mit Nachdruck dafür, weiter Verantwortung und Solidarität zu verknüpfen. Nur dann kann Europa gelingen. Insgesamt hat sich bei den Verhandlungen der letzten Wochen gezeigt, dass Kooperation der einzige Weg ist, zu einer Lösung zu kommen.

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Die ersten beiden Wochen meines Auslandsjahres waren großartig. Meine Gastfamilie hat mich sehr herzlich aufgenommen und ich habe in einer so kurzen Zeit viel erlebt und gesehen. Mein persönliches Highlight war der Besuch des Boston State House. Dort sitzt die Regierung von Massachusetts. Mit einem anderen Austauschschüler durften wir uns das Gebäude anschauen und auf dem Balkon die beste Sicht über Boston genießen. Nächste Woche werde ich meine Schulfächer wählen und dann werde ich zum ersten Mal in eine amerikanische High School gehen. Obwohl ich mich sehr darauf freue, den amerikanischen Schulalltag zu erleben, muss ich zugeben, dass ich auch schon etwas aufgeregt bin. Wie es mir in den ersten Tagen so ergangen ist, werde ich euch dann später berichten. Viele liebe Grüße, Eure Franziska



FRANZISKAS POST AUS DEN USA

Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – diese einzigartige Kombination bietet das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Franziska Ritter aus Gemünden-Adelsberg, die seit August nun für ein Jahr in Boston an der amerikanischen Ostküste leben wird. Hier ihr erster Bericht aus den USA:

The first weeks of my exchange year have been wonderful. My host family welcomed me very warmly and I have experienced so much in that short time. The trip to the Boston State House, which is the seat of the government, was the best. I went there with another exchange student and we were also allowed to join the most beautiful view all over Boston. Next week I am going to choose my subjects for school and it will be the first time for me to go to an american high school. Although I am really looking forward to live the american school life, I have to admit, that I am a little bit nervous. I am going to tell you about my experiences in school next time. Greetings from the US, Franziska Ritter



Alle Berichte von Franziska und ihrer Vorgängerin Lisa auf www.bernd-ruetzel.de!

Aus dem PARLAMENT



„WER KANN DAS SCHULTERN, WENN NICHT WIR?“

Ein Gastbeitrag der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles (Foto: BMAS/Knoll), zum Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland auf Spiegel Online am 20. August 2015 hat mir – nicht nur als Sozialdemokrat, sondern vor allem auch als Christ – gut gefallen. Hier Auszüge aus dem Text. Den kompletten Beitrag gibt es auch unter www.bmas.de (Homepage des Bundesarbeitsministeriums).



Die Hetze gegen Flüchtlinge in Deutschland ist beschämend. Den Brandstiftern müssen wir uns entgegenstellen. Und es muss klar sein: Das Grundrecht auf Asyl ist nicht verhandelbar. Man muss es klar aussprechen: Die größte Herausforderung für

unser Land in den nächsten Jahren wird die Frage sein, wie wir mit der großen Zahl von Menschen umgehen, die zu uns kommen, um Schutz vor Verfolgung, Hunger und Hass zu finden.

Es steht für mich außer Frage, dass wir dem, der verfolgt wird und in seiner Heimat um Leib und Leben fürchten muss, helfen und Zuflucht gewähren müssen. Wenn ich an die Menschen aus der IS-Hölle in Syrien und im Irak denke, dann ist völlig klar: Die müssen wir beschützen. Solange sie in ihrer Heimat um ihr Leben fürchten müssen, werden sie hier bleiben - das muss jedem klar sein. Menschen in akuter Not zu beschützen, ist ein Auftrag, den uns die Mütter und Väter der Verfassung mit auf den Weg gegeben haben. Das Grundrecht auf Asyl ist nicht verhandelbar.

Als Christin füge ich hinzu: Es ist auch unsere Pflicht als Christen, den Schwächeren zu helfen und sie nicht im Stich zu lassen. Dieser Verfassungsauftrag und diese Christenpflicht gelten auch dann, wenn sie mit Belastungen und Schwierigkeiten verbunden sind.

Das Leid und das Grauen, das die

Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak erdulden mussten, sind unvorstellbar. Die Gräueltaten sind so brutal und unmenschlich, dass schon das Lesen der Berichte schwer erträglich ist. Bilder und Filme kann man sich gar nicht ansehen. Für die Flüchtlinge, die zu uns kommen, ist es keine Reportage, sondern erlebte Realität. Diese Seite des Mittelmeers muss für sie der Himmel sein, denn sie kommen aus der Hölle. (...)

Terror von rechts

Die Hetze gegen Flüchtlinge ist erschreckend und beschämend. (...) Jetzt brennen wieder Gebäude, und die Brandstifter werden angestachelt von Biedermännern in sozialen Netzwerken.

Das ist widerwärtig und unmenschlich. Wer so etwas tut, muss mit der ganzen Härte des Gesetzes bestraft werden. (...) Alle wissen um die große Aufgabe, die vor uns steht. Sie wird Belastungen und soziale Probleme mit sich bringen. Darauf müssen wir uns vorbereiten und unser Bestes tun, um sie zu bewältigen. Aber Verständnis für Hetze gegen Flüchtlinge, Brandanschlä-

Aus dem PARLAMENT



ge und Rassismus sind nicht akzeptabel. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass die Menschen, die etwa vor dem IS-Terror fliehen mussten, wieder terrorisiert werden.

Zum Glück steht der unerträglichen Hetze eine große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung gegenüber, auf die wir stolz sein können.

Viele Menschen krepeln die Ärmel hoch, während wir in Politik und Verwaltung noch nach Mitteln und Wegen suchen. Diese ehrenamtlichen Helfer fragen nicht nach Kosten und Vorschriften, sie machen einfach. Sie engagieren sich für Flüchtlingsfamilien, sie kommen, spenden und helfen, opfern Urlaub und Freizeit, manche nehmen sogar Flüchtlinge bei sich auf.

All diesen Menschen gebührt mein großer Dank und Respekt. Sie zeigen wahre Mitmenschlichkeit. Sie sind damit Vorbild für andere, und auch die Bundesregierung kann sich von dieser Haltung noch eine Scheibe abschneiden.

Einwanderung klug steuern

Nicht alle Menschen, die zu uns kommen, fliehen vor politischer Verfolgung. Und nicht alle müssen um ihr Leben fürchten.

Aber nur weil ein Asylantrag abgelehnt wird, ist der Antragsteller kein Betrüger. Es gibt auch Studenten, die einen Bafög-Antrag stellen, der dann abgelehnt wird - beide nehmen nur ihr Recht in Anspruch. So funktioniert unser Rechtsstaat.

Natürlich können nicht alle hier bleiben, die kommen. Aber viele werden bleiben und wir sollten nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen und sie wie vorübergehende Gäste behandeln. Was wir mittelfristig brauchen, ist ein modernes Einwanderungsgesetz. Wir müssen die Einwanderung endlich klug steuern: denen Asyl gewähren, die in akuter Not sind, und jenen einen legalen Weg eröffnen, die sich einfach ein besseres Leben in Deutschland wünschen. (...)

Erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt müssen wir belohnen. Deshalb setze ich mich für ein dauerhaftes Bleiberecht bei

erfolgreicher Ausbildung ein. Wir wollen denen, die kommen wollen, eine faire Chance geben, ohne die Zugangswege für Flüchtlinge und unsere Sozialsysteme zusätzlich in Anspruch zu nehmen.

Integration entlastet Sozialkassen

Aktuell sind die Probleme bei den Aufnahmeeinrichtungen und Kommunen immens. Da muss dringend kurzfristig geholfen werden. Daran arbeiten Bund, Länder und Kommunen unter Hochdruck. Aber schon bald wird auch danach gefragt werden, wie gut wir uns um die Integration der Menschen in unseren Arbeitsmarkt und die Gesellschaft gekümmert haben.

Es ist Zeit zum Handeln: Wir müssen alle unsere Kräfte darauf konzentrieren, diesen Menschen ein neues Zuhause und Hoffnung auf eine selbstbestimmte Zukunft zu geben. Dafür müssen wir sie bestmöglich in den Arbeitsmarkt integrieren. Ich baue dabei ganz massiv auf die Kompetenzen der Bundesagentur für Arbeit und ihrer Mitarbeiter: Bereits jetzt sind sie vor Ort in manchen Auf-

Aus dem PARLAMENT



nahmeeinrichtungen, die Zahl der Sprachkurse wurde erhöht.

Doch das reicht nicht. Wir müssen unsere Anstrengungen erhöhen, um herauszufinden, welche Ausbildung die Menschen haben, wie sie möglichst schnell Deutsch lernen, wie man die Anerkennung der Abschlüsse beschleunigen kann und welche Qualifizierungsmaßnahmen Sinn ergeben. Dafür werden wir deutlich mehr Geld in die Hand nehmen müssen als bisher.

Doch das ist gut investiertes Geld - für die Betriebe, die händeringend nach Fachkräften suchen, für die Flüchtlinge, die schnell auf eigenen Füßen stehen wollen, und für das Land.

Denn gute Integration bereichert unsere Gesellschaft und entlastet die Sozialkassen, weil in unserer älter werdenden Gesellschaft jeder junge Mensch, der hier eine berufliche Zukunft findet, auch zur Sicherheit unseres Sozialstaates beiträgt.

Deutschland ist seit Langem ein Einwanderungsland. Wir sollten uns durch kluge Regelungen endlich wie eines benehmen.

>> In dem von der ARD veröffentlichten DeutschlandTrend sprachen sich Ende Juli 63 Prozent der Deutschen für ein Einwanderungsgesetz aus! Aufgabe der Politik ist es nun, diesem Wunsch zu entsprechen! Noch blockieren hier CDU/CSU. <<

JETZT DIE DISPO-ZINSEN GESETZLICH BESCHRÄNKEN

Laut Pressemeldungen möchte nun auch die CDU die Dispo-Zinsen gesetzlich deckeln. Die SPD hatte bereits in ihrem Regierungsprogramm eine gesetzliche Deckelung der Zinsen für Dispo-Kredite von acht Prozent über dem Basiszinssatz gefordert. Die Union hat dies in den Koalitionsverhandlungen leider abgelehnt.

Wir freuen uns, dass die Union nun endlich ihre Blockadehaltung aufgibt und uns in unserer Forderung unterstützt, nachdem sie

jahrelang nicht mit uns über eine gesetzliche Deckelung sprechen wollte. Neueste Untersuchungen zeigen, dass die Banken freiwillig keine niedrigeren Dispo-Zinsen anbieten, auch wenn dies den Wettbewerb steigern würde. Allein mit dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Warnhinweis an die Verbraucherinnen und Verbraucher werden wir die extrem hohen Zinsen nicht in den Griff bekommen. Dies scheint die CDU nun auch eingesehen zu haben.

Wir fordern nach wie vor eine gesetzliche Deckelung der Dispo-Zinsen von acht Prozent über dem Basiszinssatz und bieten der Union an, unverzüglich den bereits vorliegenden Gesetzentwurf bezüglich der Dispo-Zinsen entsprechend zu ergänzen. Eine gesetzliche Deckelung der Dispo-Zinsen könnten wir damit noch in diesem Herbst beschließen.

Das wäre ein Erfolg für sehr viele Menschen in Deutschland, für die Vernunft und für die Koalition.

**Mehr Politik:
www.bernd-ruetzel.de**

Aus dem PARLAMENT



MINDESTLOHN IST ERFOLGSGESCHICHTE IM GASTGEWERBE

Deutliche Umsatzsteigerungen und eine Rekordzahl von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Hotellerie und Gastronomie zeigen: Der von der SPD durchgesetzte Mindestlohn ist gerade – allen Unkenrufen zum Trotz – im Gastgewerbe eine Erfolgsgeschichte.

Das Gastgewerbe bleibt auch mit der Einführung des Mindestlohns Wirtschafts- und Beschäftigungsmotor. Im ersten Halbjahr 2015 gab es in Hotels und Gaststätten ein Umsatzwachstum von 4,3 Prozent, im Juni waren es sogar 7,4 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. Dieser Anstieg basiert nur zum Teil auf Preiserhöhungen. Gleichzeitig arbeiten so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie nie zuvor in der Branche – Ende Mai wurde mit fast einer Million ein neuer Rekordwert gezählt.

Die Befürchtungen von hartnäckigen Mindestlohngegnern, dass mit den gesetzlichen 8,50 Euro pro Stunde hunderttausende Arbeitsplätze wegfallen würden,



Oben die unsägliche Plakatkampagne der CSU und drunter die schlagfertige Antwort der bayerischen Jusos ...



haben sich nicht bestätigt. Vielmehr ist der Mindestlohn ein Erfolg, der zu mehr Lohn, mehr Beschäftigten und mehr Gerechtigkeit führt.

Für uns ist klar: Gute Arbeit und guter Service müssen fair entlohnt werden. Von dem von der SPD durchgesetzten gesetzlichen Mindestlohn profitieren viele

Aus dem PARLAMENT



Geringverdienerinnen und Geringverdiener gerade in Gastbetrieben seit Januar von spürbar höheren Löhnen. Das Umsatzplus zeigt: Die meisten Hotel- und Restaurantgäste haben Verständnis für moderat gestiegene Preise, wenn das Servicepersonal dafür ordentlich bezahlt wird.

Gute Arbeitsbedingungen und Löhne sind ein entscheidender Faktor für ein positives Image der Branche. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich zudem weiter für bessere Ausbildungsbedingungen in Hotellerie und Gastronomie ein. Nur so kann es gelingen, ausreichend Fachkräfte im Gastgewerbe zu gewinnen – und zu halten.

Die Plakataktion der CSU gegen die angebliche Bürokratie beim Mindestlohn ist somit als das entlarvt, was sie ist: blanker Populismus ohne jegliche Substanz!

WAS BRINGT DAS NEUE PFLEGESTÄRKUNGS- GESETZ II?

Nach dem Pflegestärkungsgesetz I, das seit dem 1. Januar 2015 in Kraft ist, brachte die Koalition nun das Pflegestärkungsgesetz II auf den Weg: Damit schaffen wir mehr Leistungen für Pflegebedürftige und Angehörige, und wir sorgen für eine bessere Beratung und Pflegequalität.

Dass die SPD in den Koalitionsverhandlungen beim Thema Pflege nicht locker ließ, zahlt sich wiederholt aus.

Durch das Pflegestärkungsgesetz II werden etwa 500.000 Menschen zusätzlich Ansprüche auf Leistungen der Pflegeversicherung haben.

Was haben SPD und Union im Koalitionsvertrag vereinbart?

Wir wollen die Pflegebedürftigkeit besser anerkennen, um die Situation der Pflegebedürftigen, von Angehörigen und Menschen, die in der Pflege arbeiten, zu verbessern. Dazu wollen wir den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff auf der Grundlage der Empfeh-

Hauptleistungsbeträge im Entwurf des Pflegestärkungsgesetzes II (in Euro)

| | Pflegegrad 1 | Pflegegrad 2 | Pflegegrad 3 | Pflegegrad 4 | Pflegegrad 5 |
|--|------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| Geldleistung ambulant | 125 ¹ | 316 | 545 | 728 | 901 |
| Sachleistung ambulant | | 689 | 1298 | 1612 | 1995 |
| Leistungsbetrag stationär | 125 | 770 | 1262 | 1775 | 2005 |
| bundesdurchschnittlicher pflegebedingter Eigenanteil (einheitlich für Pflegegrade 2 bis 5) | | 580 | 580 | 580 | 580 |

¹ hier keine Geldleistung, sondern nur zweckgebundene Kostenerstattung

Aus dem PARLAMENT



lungen des Expertenbeirates in dieser Legislaturperiode so schnell wie möglich einführen. Insbesondere Menschen mit Demenzerkrankungen sollen damit bessere und passgenauere Leistungen erhalten. Diejenigen, die heute Leistungen erhalten, werden durch die Einführung nicht schlechter gestellt.

Was bedeutet der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff?

Der Kern des Pflegestärkungsgesetzes II ist die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, der im Gegensatz zum bisherigen nicht nur die körperlichen Einschränkungen von Menschen einbezieht, sondern körperliche, geistige und psychische Beeinträchtigungen ihrer Selbstständigkeit berücksichtigt.

Erprobungsstudien haben gezeigt, dass der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff sowie das daran neu ausgerichtete Begutachtungssystem besser geeignet ist als das bisherige Verfahren, weil so eine genauere Erfassung der individuellen Problemlagen und Potenziale der Pflegebedürftigen hinsichtlich ihrer Selbstständigkeit möglich ist.

Ab 2017 sollen fünf so genannte Pflegegrade die bisherigen drei Pflegestufen ablösen. Bei der Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen wird anhand von sechs Merkmalen überprüft, wie es um den Grad der Selbstständigkeit einer Person bestellt ist.

Dazu zählen die Mobilität – die körperliche Beweglichkeit, kognitive und kommunikative Fähigkeiten – Verstehen und mit anderen sprechen, Verhaltensweisen und psychische Problemlagen – „schwieriges“ Verhalten und Handeln, Selbstversorgung – z. B. sich selbständig waschen und anziehen sowie essen und trinken etc., die Bewältigung von und selbständiger Umgang mit krankheits- oder therapiebedingten Anforderungen und Belastungen – z. B. Medikamente einnehmen oder Blutzucker messen sowie die Gestaltung des Alltagslebens und sozialer Kontakte.

Damit wird der individuelle Bedarf bei Pflegebedürftigen sehr viel genauer ermittelt. Und das hilft vielen Menschen ganz konkret.

SCHNAPPSCHÜSSE



Waldfest in Fellen. Gute Stimmung und auch gute Gespräche: hier mit Bürgermeisterin Zita Baur und Landrat Thomas Schiebel.



Besuch der Landesgartenschau in Alzenau mit MdL Martina Fehlner und ganz tollen Gastgebern!

Mehr unter www.facebook.de/BerndRuetzelMdB

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



VIEL SYMPATHIE FÜR FLÜCHTLINGE UND ASYLSUCHENDE

Auf einer gemeinsamen Diskussionsveranstaltung der Höchberger Ortsverbände von DGB, SPD und Bündnis 90/Die Grünen brachten sowohl die ReferentInnen als auch die zahlreichen ZuhörerInnen viel Sympathie für Flüchtlinge und Asylsuchende zum Ausdruck.

Der Grüne Gemeinderat und Moderator Walter Feineis wies zu Beginn darauf hin, dass die deutschen Wirtschaftsverbände dringend nach mehr Zuwanderung in den Arbeitsmarkt riefen und sich unter den Flüchtlingen und Asylsuchenden viele Menschen befänden, die dem deutschen Arbeitsmarkt nützen könnten.

Dass das Phänomen der Zuwanderung auch den Landkreis Würzburg erreicht habe, sei schon aus der Tatsache zu ersehen, dass z. B. in Rimpar, Veitshöchheim und Greußenheim Notunterkünfte für Flüchtlinge und Asylsuchende zur Verfügung gestellt werden mussten.



In meinem Beitrag verwies ich darauf, dass andere Länder, wie die Türkei oder der Libanon, pro Kopf der Bevölkerung eine viel größere Anzahl von Flüchtlingen aufnehmen würden als die Länder der EU. Auch ist eine Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt und in die deutschen Sozialsysteme wegen des Geburtenrückgangs in Deutschland unumgänglich.

Nach dem 2. Weltkrieg sind auch in meiner Heimatregion Gemeinden zahlreiche Flüchtlinge aus den deutschen Ostgebieten integriert worden und sie haben den Gemeinden gut getan.

Die Aktivistin Eva Peteler, die sich seit langen Jahren für Flüchtlinge und Asylsuchende einsetzt, schilderte den oft jahrelangen und mühsamen Fluchtweg dieser Menschen, sowie die Not und die politische Unterdrückung und Verfolgung, denen fast alle von ihnen ausgesetzt seien.

Sie appellierte eindringlich an die deutsche Bevölkerung und die Anwesenden, Flüchtlinge und Asylsuchende als Mitmenschen unabhängig ihrer Herkunft und Hautfarbe aufzunehmen und willkommen zu heißen. Dem kann ich mir nur anschließen!

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



BESUCH IN DER ASYLBEWERBERUNTER- KUNFT NEUHOF



Die Asylbewerber und ihre engagierten Betreuer in Neuhoft, zusammen mit Rita Goßmann (2. v. l.) und Dr. Hermann Burkard (re.).

Anfang August habe ich Neuhoft besucht, wo Kriegsflüchtlinge aus Syrien Aufnahme gefunden haben. Mit der Zuteilung der von der berüchtigten Terrormiliz Islamischer Staat (IS) verfolgten Menschen wuchs die Bevölkerungszahl des Weilers schlagartig von acht auf jetzt 27 Einwohner.

Die einheimischen Bewohner um Rita Goßmann kümmern sich mit viel Engagement um die kleinen und großen Neubürger, unterrichten sie in Deutsch, erledigen

den Papierkram und leisten Fahrdienste. Die Autofahrten wurden notwendig, weil die ausländischen Führerscheine der Männer

nach einem halben Jahr abgelaufen sind und die Deutschkenntnisse nicht für die erforderliche neue Prüfung reichen. Vorher konnten die Syrer ihre Kinder mit einem zur Verfügung gestellten Kleinbus noch selbst in den Kindergarten nach Fellen fahren.

Das ist ein Beispiel dafür, wo die Gesetzgebung der Realität angepasst werden muss. Es müssen pragmatische Lösungen her, beispielsweise in Form einer verkürzten Prüfung und der Ausgabe

von Fragebögen in der Heimatsprache. Ich möchte den Flüchtlingen Mut machen, sich in die Gesellschaft einzubinden und nach vorne zu schauen. Die wichtigste Voraussetzung für Wohnung und Arbeit ist das Erlernen der Sprache.

Den Neuhoftern danke ich für ihr vorbildliches, menschlich geprägtes Engagement, das gerade wegen der Abgelegenheit des Ortes und der Situation der Familien mit Kleinkindern besonders anerkennenswert ist.

IM DIALOG BLEIBEN: ZEITARBEIT VOR ORT

Gemeinsam mit Daniel Gesell, dem Juso-Vorsitzenden des Unterbezirks Main-Spessart/Miltenberg, besuchte ich im August im Rahmen der Aktion „Praxis für Politik“ des Bundesverbandes der Deutschen Dienstleistungswirtschaft die Niederlassung der Zeitarbeitsfirma Hofmann in Marktheidenfeld.

Themen wie Bewerbermangel, Weiterbildung, Langzeitarbeitslosigkeit sowie die geplanten

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Gesetzesänderungen für das Feld der Zeitarbeit wurden bei diesem Austausch angesprochen. Die Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten ist nach wie vor ein strittiges Thema, da nach Auffassung der Branche dies vor allem zulasten der Zeitarbeitnehmer geht, die möglicherweise ein Unternehmen verlassen müssen, obwohl sie noch gebraucht werden und damit auch ihre finanziellen Zuschläge verlieren.

Ich machte dahingegen deutlich, dass die Leiharbeit nur eine Einstiegs- und Brückenfunktion hat. Deshalb muss die Höchstüberlassungsdauer begrenzt und gleicher Lohn für gleiche Arbeit bezahlt werden.

Im Herbst steht deshalb eine gesetzliche Neuregelung der Leiharbeit und der Werkverträge an. Die Leiharbeit ist im Grunde genommen nichts Schlechtes. Nur brauchen wir klare und enge Regeln.

Tagesaktuelle Infos

auch ohne Facebook-Account:

[www.facebook.com/](http://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)

BerndRuetzelMdB

FINANZEN, LANGZEIT-ARBEITSLOSE, FLÜCHTLINGE - BESUCH BEIM JOBCENTER MAIN-SPESSART

Das Gesamtbudget des Jobcenters, das sich in Eingliederungs- und Verwaltungsbudget gliedert, erfordert eine immer größere interne Umschichtung, da die Zuweisung der Verwaltungskosten



„Wir haben die Dinge im Griff, aber wir brauchen mehr Geld für den Gesamtetat in 2016“, fasst Jürgen König, Geschäftsführer des Jobcenters Main-Speessart, die Situation in Karlstadt zusammen. Ich informierte mich Ende August vor Ort und sprach mit König und seiner Teamleiterin für Markt und Integration, Kerstin Kurz, vor allem über die Finanzlage des Jobcenters.

ten durch den Bund seit Jahren dem tatsächlichen Bedarf nicht angepasst wurde. Das nutze durch den gesicherten, gesetzlich verlangten Personalschlüssel auch den Arbeitslosen, sei aber auf Dauer kein hinnehmbarer Zustand, wie König mir erläuterte. Ich verwies im Gespräch auf Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD), die schon länger bei Bundesfinanzminister Wolf-

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



gang Schäuble (CDU) erfolglos auf mehr Geld hierfür poche.

268 Langzeitarbeitslose

695 Arbeitslose sind im Moment im Jobcenter Main-Spessart in der Vermittlung, davon sind 268 Personen länger als ein Jahr arbeitslos und gelten damit als Langzeitarbeitslose. Um diese kümmert sich das Jobcenter nun intensiv, da es über das Bundesarbeitsministerium den Zuschlag für das neue Programm des Europäischen Sozialfonds (ESF) bekommen hat, mit dessen Hilfe den Betrieben und Einrichtungen, die Langzeitarbeitslose einstellen, anfangs bis 75 Prozent der Lohnkosten erstattet werden. 25 Personen könnten so in Main-Spessart über einen Zeitraum von zwei Jahren gefördert werden.

Nur 10 Prozent Flüchtlinge mit Berufsausbildung

Weiteres großes Thema war die Integration der Flüchtlinge in den lokalen Arbeitsmarkt. 50 sind im Jobcenter gemeldet, neun haben aktuell den obligatorischen Sprachkurs abgeschlossen, fünf davon sind schon in Arbeit. „Die

meisten Flüchtlinge gehen aber nach Feststellung ihres Aufenthaltsstatus in die großen Städte wie Düsseldorf und Frankfurt zu Verwandten und lassen sich nicht dauerhaft im Landkreis Main-Spessart nieder, so König.

In 2016 könnten das aber schon bis zu 200 oder mehr im Jobcenter gemeldete anerkannte Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge sein. Dieser Personenkreis bedarf einer besonderen, intensiven Betreuung, zumal es in erster Linie Sprachbarrieren in Verbindung mit Ausbildungs- und Qualifizierungsdefiziten gibt.

BESUCH DER AGENTUR FÜR ARBEIT IN LOHR

Zum arbeitsmarktpolitischen Gespräch traf ich mich bereits Ende Juli mit dem Leiter der Arbeitsagentur in Lohr, Martin Heilmann.

Ein Thema: die aktuellen Arbeitsmarktdaten für Main-Spessart. Diese sind erfreulich: Im Juli waren 1.581 Menschen in Main-Spessart arbeitslos, das entspricht einer Top-Quote von 2,1 Prozent und einem Rückgang

gegenüber dem Vorjahr um fast 14 Prozent.

Besonders interessierte mich das Thema Langzeitarbeitslosigkeit und die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen. Beides sind auch Themen, die im Ausschuss für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag behandelt werden. Ich freue mich bei den arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahre über einen Rückgang um fast 28 Prozent gegenüber 2014. 196 Betroffene sind aber immer noch zu viel!

Auch der Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit in Main-Spessart geht voran. Wurden im Juli 2014 noch 436 Langzeitarbeitslose gezählt, waren es aktuell 346, was einem Rückgang von über 20 Prozent entspricht.

Die berufliche Integration von Schwerbehinderten und Rehabilitanden war ebenfalls Thema des Gedankenaustausches. Wir diskutierten über auftretende Hürden bei der beruflichen Eingliederung der Arbeitnehmer, aber auch über Chancen für Arbeitgeber zur Sicherung des Arbeits-

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



kräftebedarfes bei der Einstellung von Behinderten.

Mit Personalrat André Wanner sprach ich über die Rolle der Personalvertretung in der Arbeitsagentur und informierte mich auch aus erster Hand über INGA (Interne ganzheitliche Integrationsberatung im SGB III). INGA ist ein Beratungskonzept, mit dem die Agentur für Arbeit Lohr Kunden, die bei der Arbeitssuche auf vielfältige Hindernisse stoßen, unterstützt.

Arbeitslose Männer und Frauen, die es schwerer haben als andere, wieder in Arbeit zu kommen, erhalten in der Arbeitsagentur Lohr mit INGA eine noch weitreichendere Betreuung und Unterstützung.

„Diese Kunden sind im Hinblick auf den erhöhten Fachkräftebedarf in der Zukunft ein bedeutendes Potential, das genutzt werden muss“ stellte Heilmann fest.

„Durch die intensivere persönliche Betreuung und spezielle Hilfen in Notlagen konnten wir schon vielen Arbeitssuchenden zu einer Integration in den Arbeitsmarkt verhelfen. Wir nehmen uns die Zeit, Kunden auf Wunsch auch zu Vorstellungsgesprächen zu begleiten, sowie bei der Suche nach weiteren Beratungs- und Unterstützungsangeboten zu helfen“, ergänzte Wanner.

SOZIALE TEILHABE AM ARBEITSMARKT

Ich freue mich sehr, dass mit dem Jobcenter Landkreis Miltenberg und den beiden Aschaffener Jobcentern drei Einrichtungen aus meinem Wahlkreis und den Betreuungswahlkreisen

für das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ ausgewählt wurden!

Das Programm schafft Chancen für diejenigen, die es nicht direkt auf den ersten Arbeitsmarkt schaffen – unter anderem mit Lohnkostenzuschüssen von bis zu 100 Prozent, kombiniert mit intensiver Betreuung durch die Jobcenter.

Es ist ein wichtiges Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik, das Mittag in der Gesellschaft überhaupt erst wieder möglich zu machen. Jeder kann was, alle verdienen eine Chance!

MODELLREGION UNTERFRANKEN

Auf meine Initiative hin hat sich der Bezirk Unterfranken für das Projekt „Modellregion für die Nachbarschaftskampagne der SPD“ beworben. Nachdem wir den Zuschlag bekommen haben, bekamen wir mit Kira Kim Dautbertshäuser eine engagierte junge Frau an die Seite gestellt, die nun mit vielen Ortsvereinen in ganz Unterfranken Aktionen durchführt, auswertet und die

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Ergebnisse der BundesSPD für künftige Kampagnen zur Verfügung stellt.

Hier einige interessante Aktionen aus Unterfranken:

OV Gartenstadt-Theuerbrunnlein-Eselshöhe (Schweinfurt):

Zum ersten Mal fand am 28.06. ein Kinder-Mitmach-Fest statt, das super angenommen wurde, auch, weil alle Haushalte im Stadtteil per Flyer eingeladen wurden. Verteilt hat sie der OV selber. Beim nächsten Mal soll auch ein aktiver Dialog angestrebt werden, dieses Mal wurden Dialogkarten ausgelegt.

OV Lengfeld-Lindleinsmühle (Würzburg):

Hausbesuche am 18.07. auf der Lengfelder Höh' mit dem Bürgerverein zum Thema Verbesserung der ÖPNV-Anbindung. Die Reaktionen auf die Hausbesuche waren größtenteils positiv, jetzt geht es darum, das Thema pressewirksam weiterzubearbeiten und die AnwohnerInnen auf dem Laufenden zu halten. Im Vorfeld hatte außerdem mit dem zuständigen Stadtrat und einigen AnwohnerInnen eine Ortsbegehung stattgefunden. Auch das kam gut an und

bei den Hausbesuchen wurden wir darauf auch wiederholt angesprochen.

OV Mellrichstadt (Rhön-Grabfeld):

Am 14.08. fand ein Ortsteilspaziergang mit anschließendem Grillfest in Mühlfeld statt. Am 10. und 11.08. hat der OV im

gesamten Ortsteil Tür-zu-Tür-Besuche gemacht und die BürgerInnen mit einer Straßenkarte befragt, welche Stellen sie im Ort schön finden und was verbessert werden muss. Danach wurde dann die Route für den Spaziergang festgelegt

und die AnwohnerInnen natürlich auch mit Flyer zum Rundgang und zum Grillfest eingeladen. Die Reaktionen waren großartig und dem OV selber hat es auch Spaß gemacht. Es haben dann auch einige Mühlfelder am Spaziergang und dem Grillfest teilgenommen. Im Herbst will der OV das Konzept in Bahra anwenden. Hier ist es jetzt wichtig, dass die aufgenommenen Anliegen weiterverfolgt werden, entweder im Stadtrat oder auf Kreis- oder Landesebene.

OV Lohr (Main-Spessart): Am 22.08. fand ein Rundgang zur Barrierefreiheit statt mit anschließendem Sommerfest. Für Planung und Durchführung wurde Kontakt mit den örtlichen Verbänden und Einrichtungen aufgenommen (Foto).



OV Zeil (Haßberge): In Spielplatz-Nähe will man mit Familien ins Gespräch kommen. Geplant ist ein Stehtisch und Give-Aways, z.B. ein Sandschäufelchen, mit dem man auf die Leute zugehen kann. Durchgeführt wird es von GenossInnen, die ihre eigenen Kinder dabei haben, damit die Atmosphäre entspannt ist.

Ihr seht: Viele OVs sind aktiv! Wer auch mitmachen möchte, am besten bei mir im Wahlkreisbüro melden! Je mehr Ortsvereine dabei sind, desto besser!

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



MdL Martina Fehlner

Tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Abgeordnete für AB-West und Betreuungsabgeordnete für AB-Ost und Miltenberg

SPD-Landtagsabgeordnete besuchen Frauenhaus Aschaffenburg: Finanzierung muss verbessert werden

Liebe Leserinnen und Leser,

die SPD-Landtagsfraktion macht sich schon lange für eine bessere Finanzierung von Frauenhäusern im Freistaat stark, denn unsere Frauenhäuser sind chronisch unterfinanziert. Bei einem Besuch im Frauenhaus der Arbeiterwohlfahrt Aschaffenburg Anfang August wurde deutlich: Die Personaldecke reicht zwar für die eigentlichen Aufgaben aus, das Tätigkeitspektrum der Mitarbeiter (von der psychologischen Betreuung über die Schuldnerberatung bis zur Unterstützung bei der Wohnungssuche) wird aber immer vielfältiger. Dazu kommt, dass im vergangenen Jahr rund 115 Frauen abgewiesen werden mussten, weil die vorhandenen Plätze alle belegt waren. Insbesondere die Herausforderungen, die die Versorgung von Migran-



Martina Fehlner, Dr. Simone Strohmayr und Ruth Müller bedankten sich stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und ehrenamtlichen Helferinnen bei der Leiterin des Aschaffener Frauenhauses Tanja Draudt für den vorbildlichen Einsatz.

tinnen sowie Frauen und Mädchen mit Behinderungen mit sich bringen, müssen mehr Beachtung finden. Der Besuch im Frauenhaus Aschaffenburg war Teil der „Frauenreise der SPD-Landtagsfraktion“, bei der meine Kolleginnen und ich Frauenprojekte in ganz Bayern besucht und sich vor Ort informiert haben. Die Frauenhäuser in Bayern erhalten im Schnitt lediglich 25.000 Euro pro Jahr vom Staat. Das reicht bei weitem nicht, um diese Einrichtungen zu finanzieren. Die Summe stagniert seit über zehn Jahren. Dabei nimmt die registrierte Gewalt gegen Frauen stetig zu. Wir brauchen deshalb

dringend mehr Plätze und mehr Geld. Im Anschluss an den Besuch im Frauenhaus hatte ich zu einem Frauempfang zum Thema

„Lebensentwürfe heute“ und anschließenden Gesprächen ins Hofgarten Kabarett Aschaffenburg

eingeladen. Über 100 Frauen aus allen Bereichen der Gesellschaft waren gekommen und diskutierten gemeinsam mit mir und meinen Kolleginnen Dr. Simone Strohmayr und Ruth Müller über ungeklärte Fragen in der Frauenpolitik: gleichen Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Karrierechancen sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Abgeordnetenbüro

Martina Fehlner, MdL

Goldbacher Straße 31, 63739

Aschaffenburg, Tel: 06021 22244,

Fax: 06021 451604,

buergerbuero@martina-fehlnr.de